

So schlimm nicht

Bonner Zumutungen: Polen soll seine Ostgrenze sichern, damit weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen.

Das sozialdemokratische Mitglieder magazin *Vorwärts* wird, so schreibt es die reformierte Partei-satzung vor, Ende Dezember Interna aus der Bonner SPD-Fraktion veröffentlichen: Wer wie abgestimmt hat über den Asylkompromiß mit der Regierung. Aufmerksamen Lesern dürfte dann nicht entgehen, wie sehr die stellvertretende Fraktions- und Parteivorsitzende Herta Däubler-Gmelin hin- und hergerissen war. Sie brachte es fertig, zwei einander widersprechenden Anträgen zuzustimmen.

Mit ihrem Ja zu der mit 101 gegen 64 Stimmen siegreichen Vorstandsvorlage nahm die versierte Juristin am Dienstag letzter Woche den Beschluß des Parteirats „zustimmend zur Kenntnis“. Darin hatten die Sozialdemokraten tags zuvor festgestellt, daß die Vereinbarung das

Den Versuch der schwäbischen Schnellrednerin, ihr Doppel-Ja als in sich logisch zu begründen, verstand kaum einer. Viele sahen ihren Eindruck aus den langen Wochen des Asylstreits bestätigt. „Da wußte man auch nie so recht“, so ein Abgeordneter, „wo Herta gerade stand.“

Im Parteirat war es am Ende nur noch um eine taktische Frage gegangen: Wie hart die SPD ein Ja zur Grundgesetzänderung abhängig machen sollte von den geplanten Hilfsabkommen zugunsten der Ost-Nachbarn, bei denen Deutschland künftig ein Gutteil seines Flüchtlingsproblems entsorgen will.

Die weiche Kompromißformel, solche Vereinbarungen müßten vor dem Parlamentsvotum „vorliegen“, nannte Asylunterhändler Gerd Wartenberg ganz ungeschminkt ein „Druckmittel, um ein paar Regelungen zu erreichen, daß andere Länder sich nicht nur in der Rolle verstehen, Asylbewerber durch-zuwinken in die Bundesrepublik“.

In Polen, Hauptadressat der deutschen Pläne, muß das wie blanker Zynismus klingen. Bonn will das Land ebenso wie die die künftige Tschechische Republik, Österreich und die Schweiz zum „sicheren Drittstaat“ erklären, in den durchgeiste Flüchtlinge



Polen-Besucherin Leutheusser
Schleppern das Geschäft verderben

Bonner Asylrecht, das im Frühjahr verabschiedet werden soll.

Die polnischen Gesprächspartner zeigten sogar Verständnis für das deutsche Asyl-dilemma. Aber Innenminister Andrzej Milczanowski machte der Justizministerin klar, daß sein Land finanziell und personell außerstande sei, demnächst nicht nur viele zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen, sondern auch noch durchs Asylverfahren zu schleusen.

Für die allermeisten Flüchtlinge aus Osteuropa ist Polen Durchgangsland; nur etwa 350 haben bislang dort Asyl beantragt. Insgesamt bietet das Land derzeit rund 2500 Menschen vor allem aus den Bürgerkriegsgebieten Ex-Jugoslawiens Zuflucht – mehr schlecht als recht, wie in einem Sommercamp nahe Warschau, wo rund 120 unzureichend bekleidete Flüchtlinge vor dem Winter bangen. Die wahre Herausforderung steht Warschau erst noch bevor, wenn am 1. Januar die Reisefreiheit in Rußland in Kraft tritt.

Bonn will längst mehr. Als hätte nicht die Demokratisierung in Polen den Zerfall des Ostblocks eingeleitet, behaupten Beamte des CDU-Innenministers Rudolf Seiters in internen Vermerken, die „Visumpolitik der polnischen Regierung“ sei „unverändert vom Prinzip der Sonderbehandlung der ehemaligen sozialistischen ‚Bruderstaaten‘ geprägt“.

Damit soll, geht es nach den Deutschen, Schluß sein. „Anzustreben ist“, heißt es weiter, „daß Polen gegenüber Rumänien und Bulgarien, den beiden Hauptherkunftsländern, aus denen Ausländer illegal nach Deutschland einreisen, die Visumpflicht einführt.“

Auch solle Warschau dafür sorgen, daß vom Bundesgrenzschutz zurückgewiesene Grenzgänger – im Bürokraten-deutsch „Schüblinge“ genannt – künftig



Rumänische Flüchtlinge (bei Görlitz): Demarkationslinie durch Europa

„individuelle Asylrecht“ und, bei einem Vorbehalt, die „Rechtswegegarantie“ gewährleiste.

Kurz zuvor hatte Däubler-Gmelin auch den – nur mit 22 Stimmen unterlegenen – Antrag der Fraktionslinken für gut befunden. Der konstatierte bündig, daß der geplante Grundgesetzartikel 16a „gegen den Wesensgehalt der Verbürgung des Individualrechts auf Asyl verstößt“ und die Rechtswegegarantie „durchlöchert“.

formlos zurückgeschickt werden können. Dort sollen auch die Asylgesuche geprüft werden.

Während die Sozialdemokraten in Bonn an ihren Beschlüssen feilten, machte sich Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger Anfang letzter Woche in Warschau ein Bild von der tristen Wirklichkeit. Angereist zur schon seit langem terminierten Unterzeichnung eines Rechtshilfeabkommens, erläuterte die Liberale das neue

ordnungsgemäß in die Heimat „verbracht“ werden. Und schließlich will Bonn „die polnische Seite“ dazu bewegen, „daß sie die Grenzüberwachung an ihrer Ost- und Südflanke – ggf. durch Umschichtung eines Teils der an der Grenze zu Deutschland stationierten Kräfte – intensiviert“.

Geeinter Kontinent aus gesamtdeutscher Sicht: Die eben in Freiheit begrüßten Sowjet-Satelliten von einst sollen die Demarkationslinie durch Europa neu errichten, nur etwas weiter östlich.

Derlei Zumutungen überläßt Leutheusser-Schnarrenberger lieber dem Kollegen Seiters. Dessen Staatssekretär Johannes Vöcking reist im Januar zu formellen Verhandlungen nach Warschau.

Daß es für die Polen am Ende gar nicht so schlimm kommt und auch Deutschland entlastet wird, erwartet die Freidemokratin ohnehin weniger von der Grundgesetzänderung als vielmehr von ganz praktischen Dingen.

Sie denkt es sich so: Wenn Asylbewerber ihren Reiseweg verschleiern, um nicht sofort wieder gen Osten abgeschoben zu werden, soll nicht erst umständlich die Fluchtroute rekonstruiert werden. Besser findet es die Justizministerin, die Flüchtlinge „ins verkürzte Verfahren für offensichtlich unbegründete Fälle“, Rücktransport in die Heimat inklusive, aufzunehmen. Solange die Verfahren dauern, gibt es ja nur noch Sachleistungen und wenig Taschengeld – was sich unter Armuts-Flüchtlings schnell herumsprechen und auch Schleppern das Geschäft verderben werde.

Union

Das letzte Wort

In der CSU wächst die Kritik an Waigels Kohl-freundlichem Kurs.

Der Theo Waigel“, beschrieb Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf den Chef der bayerischen Schwesterpartei CSU, „ist im Herzen ein CDU-Mann.“

Vier Jahre nach dem Tod des ewigen Quertreibers Franz Josef Strauß steht nun fest: Helmut Kohl hat einen Widersacher weniger. Der CSU-Chef gehört wenigstens nicht mehr dazu.

Auch CSU-Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer ist dieser Meinung: Ja, Waigel sei „im Kern ein CDU-Mann“. Dann bekannte Seehofer: „Ich selber bin das im Grunde auch.“ Umgekehrt könne man, so der Minister wei-

ter, heutzutage sagen, „Kohl ist ein CSU-Mann“.

Der Kanzler sieht das ganz genauso. Nicht Theo Waigel oder Max Streibl, nein, er sei „der wahre Nachfolger von Franz Josef Strauß“. Stolz verweist der Pfälzer auf die vollen Hallen bei seinen Auftritten in Bayern. In der CSU geschehe nichts mehr gegen seinen Willen. Auch da habe er, wie in seiner CDU, „das letzte Wort“.

Die CSU-Wähler wollen sowieso nur ihn, glaubt Kohl. Bei gemeinsamer Fahrt durch weißblaue Lande bedeutete



Unionsfreunde Kohl, Waigel
„Der Theo ist unser Mann“

er dem CSU-MdB Michael Glos mit Blick auf die jubelnden Menschen: „Ein Wort von mir, und mehr als die Hälfte ist in der CDU.“

Der Kanzler und CDU-Vorsitzende kann zufrieden sein. Langsam, aber stetig bringt er die bayerische Schwesterpartei unter Kontrolle. „Kohl hat es darauf angelegt“, beobachtete Biedenkopf, „langfristig die CSU in der CDU zu integrieren und ihr dabei den Status einer bloßen Bayernpartei zu garantieren.“ Dirndl dürfen die Christsozialen behalten, ihre Selbständigkeit nicht.

Mit der ihm eigenen Beharrlichkeit will Kohl den „historischen Fehler“ kor-

rigieren, wie Heiner Geißler einst die Eigenständigkeit der CSU mit ihrem bundespolitischen Anspruch genannt hat; und der CDU-Chef kann sich dabei auf den braven Partner stützen. Über Waigel hatte sich Strauß seine Gedanken gemacht: „Konfliktfähig“ sei der Theo ja, „aber ist er auch konfliktwillig?“

Friedlich wird sich Waigel auch beim nächsten Unionsgipfel Anfang 1993 zeigen, den die Generalsekretäre der beiden C-Parteien vorige Woche verabredeten. Heute schon ist klar: Alles bleibt beim alten, die CSU bleibt in Bayern, ihr Ost-Ableger Deutsche Soziale Union (DSU) auf die neuen Bundesländer beschränkt. Den Verzicht auf Ausdehnung in die alte Bundesrepublik bekommt die DSU durch weitere Unterstützung seitens der CSU honoriert.

CDU-Generalsekretär Peter Hintze wurde zurückgepfiffen. Eben noch hatte Hintze mit Billigung Kohls der CSU jedwede Zusammenarbeit mit der DSU bei künftigen Wahlen verbieten wollen. Hintze ließ sogar an Plänen für einen Einmarsch der CDU nach Bayern tüfteln. Die CDU sollte bei der Europawahl 1994 erstmals mit einer für das ganze vereinte Deutschland geltenden Bundesliste antreten.

Jetzt gab Kohl andere Order: „Alles niedriger hängen, keinen Streit.“ Zur Europawahl bleibt es bei verbundenen Landeslisten der CDU außerhalb Bayerns. Kohl wollte seinen ohnehin in ärgste Bedrängnis geratenen Schuldenminister als Parteivorsitzenden nicht weiter demonstrieren.

Die Christdemokratisierung der CSU schreitet dennoch voran. Seehofer schätzt, die große Mehrheit der CSU-Klientel habe inzwischen nur noch „sehr wenig mit der CSU von Strauß oder Zimmermann gemeinsam“. Auch in Bayern „ist die Stadt aufs Land gekommen“, seien die Menschen besser informiert, flexibler, die Zeiten der auch kirchlich geprägten Enge passé.

Waigel sieht das ähnlich. Er setzt auf das „liberale Element“, für das traditionell national-konservative Profil der CSU hat er nicht viel zu bieten.

In der ersten CSU-Vorstandssitzung nach dem Asylkompromiß mit der SPD war der Parteichef guter Dinge. Engen Mitarbeitern verriet er, warum: Bei einem Scheitern hätten die Parteirechten wie Edmund Stoiber oder Peter Gauweiler auftrumpfen und die CSU weiter in ihre Ecke drücken können. So aber könne die Partei sich auch um jene 350 000 Bürger kümmern, die sich bei der Münchner Lichterdemonstration gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt gewandt hatten.

Auf die Liberalen unter den Christsozialen hat Parteistrategie Kohl schon früh gesetzt. Anfang der siebziger Jahre